



Bulletin

Die Beschlüsse des Zürcher Kantonsrates vom 29. April 2024

Der Kantonsrat hat das Postulat betreffend «Herdenschutzhunde sollen von Hundeabgabe befreit werden» von EDU, Grünen und AL diskussionslos dem Regierungsrat zu Bericht und Antrag innert zweier Jahre überwiesen ([KR-Nr. 38/2024](#)).

Der Kantonsrat hat das Postulat betreffend «KI im Baubewilligungsverfahren» von FDP, SVP, GLP, Mitte und EVP diskussionslos dem Regierungsrat zu Bericht und Antrag innert zweier Jahre überwiesen ([KR-Nr. 40/2024](#)).

Der Kantonsrat hat das Postulat betreffend «Fehlende Angebote im Kanton Zürich im Bereich Jugendstrafrechtspflege» von EVP, SP, GLP, Grünen, Mitte und AL diskussionslos dem Regierungsrat zu Bericht und Antrag innert zweier Jahre überwiesen ([KR-Nr. 68/2024](#)).

Der Kantonsrat hat dem Antrag zur Fristerstreckung für die Berichterstattung und Antragstellung zur Motion KR-Nr. 125/2021 betreffend «Mehr Studienplätze für Humanmedizin in Zürich» diskussionslos zugestimmt ([KR-Nr. 125/2021](#)).

Der Kantonsrat hat mit 128 Stimmen ein neues Mitglied des Sozialversicherungsgerichts gewählt ([KR-Nr. 371/2023](#)).

Der Kantonsrat hat ein neues Ersatzmitglied des Baurekursgerichts still gewählt ([KR-Nr. 44/2024](#)).

Der Kantonsrat hat ein neues Ersatzmitglied des Obergerichts still gewählt ([KR-Nr. 368/2023](#)).

Der Kantonsrat hat ein neues Ersatzmitglied des Obergerichts still gewählt ([KR-Nr. 369/2023](#)).

Der Kantonsrat hat ein neues Ersatzmitglied des Obergerichts still gewählt ([KR-Nr. 407/2023](#)).

Der Kantonsrat hat das dringliche Postulat betreffend «Aktionsplan gegen Antisemitismus und Rassismus an Schulen» der FDP, das von allen Fraktionen unterstützt wird, diskussionslos dem Regierungsrat zu Bericht und Antrag innert eines Jahres überwiesen ([KR-Nr. 69/2024](#)).

Der Kantonsrat hat das Postulat der FDP zur digitalen Transformation der Verwaltung als erledigt abgeschrieben ([KR-Nr. 160/2021](#)). Mit dem Postulat wurde der Regierungsrat eingeladen, in einem Bericht aufzuzeigen, welche Erlasse einen ausschliesslich medienbruchfreien und digitalen Vollzug verhindern und wie und bis wann diese Hindernisse beseitigt werden können.

Der Kantonsrat hat in erster Lesung eine unumstrittene Änderung des Gewaltschutzgesetzes beraten ([5899](#)). Neu soll im Gesetz festgeschrieben werden, dass der Kanton die Fälle von Stalking und häuslicher Gewalt analysiert und dazu verschiedene Daten sowohl der gefährdenden als auch der gefährdeten Person erhebt. Zudem soll er, gestützt auf die erhobenen Daten, die Massnahmen zur Verhütung und Bekämpfung von häuslicher Gewalt

und Stalking evaluieren und die Ergebnisse alle drei Jahre in einem Bericht veröffentlichen. Das Geschäft geht nun an die Redaktionskommission zur Antragstellung für die zweite Lesung.

Der Kantonsrat hat das Postulat betreffend «Stärkung der Möglichkeiten zur demokratischen Teilnahme der Bevölkerung an Wahlen und Abstimmungen» von SP und EVP mit 75 zu 73 Stimmen dem Regierungsrat zu Bericht und Antrag innert zweier Jahre überwiesen ([KR-Nr. 442/2022](#)). Mit dem Vorstoss wird der Regierungsrat aufgefordert zu prüfen, wie er Wahl- und Abstimmungsunterlagen besser vermitteln kann.

Der Kantonsrat hat mit 86 zu 64 Stimmen ein Postulat von SVP und GLP abgelehnt, mit dem gefordert wurde, dass Vernehmlassungsverfahren der kantonalen Verwaltung vereinfacht werden ([KR-Nr. 165/2023](#)).

Der Kantonsrat hat mit 62 Stimmen eine parlamentarische Initiative von Grünen-Kantonsrat Benjamin Walder vorläufig unterstützt, mit der dieser zusammen mit SP, EVP und AL, für Assistenzärztinnen und -ärzte eine Höchstarbeitszeit von 42 Stunden pro Woche – plus vier Stunden Weiterbildung – fordert ([KR-Nr. 10/2024](#)). Die GL des Kantonsrates wird die PI einer Kommission zu Bericht und Antrag überweisen.

(nic.)